Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9649**

14. Wahlperiode 28. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Spanier, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Albert Schmidt (Hitzhofen), Helmut Wilhelm (Amberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/9355 –

Die nachhaltige Stadt- und Wohnungspolitik weiter vorantreiben

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, das Programm „Die soziale Stadt“ zu verstetigen und weiterzuentwickeln, die Bemühungen zur Bündelung und Vernetzung der ressortübergreifenden Aktivitäten auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene weiter auszubauen, das Programm „Stadtumbau Ost“ im Dialog mit den Ländern, Kommunen, der Wohnungs- und Kreditwirtschaft fortzuführen und problemgerecht weiterzuentwickeln sowie neue Ansätze zur Stärkung der Innenstädte als Wohnort und Standort von Einzelhandel, Dienstleistung und Gewerbe zu unterstützen. Des Weiteren sollen mit der anstehenden Novelle des Bauplanungsrechts und der Reform der Grundsteuer Anreize für einen sparsamen Umgang mit der Ressource Boden gegeben und das Bauen im Siedlungsbestand befördert werden, das kostengünstige und qualitätsbewusste Bauen sowie die Verbraucherrechte beim Wohneigentum gestärkt und die Anwendung umwelt- und gesundheitsverträglicher Baumaterialen mit geeigneten Instrumenten befördert werden, die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums fortgesetzt und stärker als bisher auf die Bestandsförderung ausgerichtet werden sowie die Modernisierung des Wohnungsbestandes zur weiteren CO_2-Minderung fortgeführt werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/9355 – anzunehmen.

Berlin, den 26. Juni 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Horst Friedrich (Bayreuth)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/9355 in seiner 242. Sitzung am 13. Juni 2002 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag hat zum Ziel, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, das Programm „Die soziale Stadt“ zu verstetigen und weiterzuentwickeln, die Bemühungen zur Bündelung und Vernetzung der ressortübergreifenden Aktivitäten auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene weiter auszubauen, das Programm „Stadtumbau Ost“ im Dialog mit den Ländern, Kommunen, der Wohnungs- und Kreditwirtschaft fortzuführen und problemgerecht weiterzuentwickeln sowie neue Ansätze zur Stärkung der Innenstädte als Wohnort und Standort von Einzelhandel, Dienstleistung und Gewerbe zu unterstützen. Des Weiteren sollen mit der anstehenden Novelle des Bauplanungsrechts und der Reform der Grundsteuer Anreize für einen sparsamen Umgang mit der Ressource Boden gegeben und das Bauen im Siedlungsbestand befördert werden, das kostengünstige und qualitätsbewusste Bauen sowie die Verbraucherrechte beim Wohneigentum gestärkt und die Anwendung umwelt- und gesundheitsverträglicher Baumaterialen mit geeigneten Instrumenten befördert werden, die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums fortgesetzt und stärker als bisher auf die Bestandsförderung ausgerichtet werden sowie die Modernisierung des Wohnungsbestandes zur weiteren CO_2-Minderung fortgeführt werden.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 137. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag anzunehmen.

Die **Fraktion der SPD** meinte, der Antrag der Koalitionsfraktionen sei überzeugend und spreche für sich selbst.

Die **Fraktion der CDU/CSU** nahm auf die Debatte im Plenum Bezug und kündigte an, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** meinte, die wohnungspolitische Bilanz der Koalition sei sehr positiv. Man habe auch noch viel vor und werde dies in der nächsten Wahlperiode umsetzen.

Die **Fraktion der FDP** bemerkt, sie sehe die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung bei weitem nicht so positiv wie der Antrag. Die Bundesregierung lege Rahmenprogramme auf, diese seien aber ohne Wirkung. Lutz Freitag habe gesagt „Der Euphorie der Entscheidung folgt die Monotonie der Verwaltung“. Dies sei eine treffende Beschreibung der Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung in dieser Wahlperiode.

Die **Fraktion der PDS** erklärte, sie halte den Antrag für überflüssig.

Berlin, den 26. Juni 2002

Horst Friedrich (Bayreuth)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333